

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 7

Köln, den 12. Februar 1932

33. Jahrg.

Lebenshaltung, Existenzminimum und Preisabbau.

Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zeigt sinkende Tendenz. Trotz aller Maßnahmen der Regierung, die bekanntlich einer Wiederankurbelung der Wirtschaft zu dienen bestimmt sind, ist die Drosselung der Lebenshaltung unverkennbar. Es ist dabei nicht einmal die Lebenshaltung der Millionen Arbeitslosen in diese Untersuchungen einzubeziehen, sondern man kann diese Beobachtungen ganz einwandfrei im Normalhaushalt des vollbeschäftigten Arbeiters deutlich und beweiskräftig machen. Zwar behauptet die Regierung, daß sie die Reallöhne erhalten, also die Kaufkraft des Lohnes nicht mindern wolle. Findige Rechenmeister haben sogar eine Steigerung der Kaufkraft an Hand des Lebensmittelindex errechnet. Diesen Kunststückchen kommt ernstere Bedeutung nicht zu, weil die Wirklichkeit, wie sehr leicht festzustellen ist, eine ganz andere Sprache redet. Dieser Wirklichkeit kommt die Arbeitgeberpresse — siehe „Der Arbeitgeber“ Nr. 2 aus 1932 — näher, wenn sie schreibt, daß die Lohnherabsetzung immer noch mit der „Fiktion der Erhaltung der Kaufkraft“ verbunden sei. Wir identifizieren uns nicht mit den Schlussfolgerungen des Arbeitgeberorgans, wir glauben auch, daß es möglich ist, dieser „Fiktion“ ein Ende in einem von unserem Standpunkte aus positiven Sinne zu machen, bestätigen aber auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen, daß die seither durchgeführte Preisenkung keinen genügenden Ausgleich für die eingetretenen Lohnsenkungen darstellt und infolgedessen die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes tatsächlich fiktiv ist.

Ein Gradmesser für die sinkende Lebenshaltung sind die Umsatzziffern. Der Einzelhandel, die Warenhäuser, die Konsumvereine weisen seit Eintritt der amtlich verordneten Lohnsenkungen teilweise katastrophale Umsatzrückgänge auf.

Bis zum Jahre 1930 war der Lebensstandard noch verhältnismäßig hoch. Der Fleischverbrauch war zwar etwas geringer als 1929, auch der Butterkonsum ging schon zurück, der Bierabsatz lag bereits 10% unter 1929, der Tabakkonsum war rückgängig, im wesentlichen beschränkte sich aber der Verbrauchsrückgang auf die Genußmittel, während der Nahrungsmittelabsatz im allgemeinen noch gut gehalten war und in einigen Erzeugnissen, die besonders preiswürdig waren, wie z. B. Seefische oder Eier, sogar noch stieg. 1931 ist nun aber auch der Verbrauch lebensnotwendiger Nahrungsmittel, besonders der ernährungsphysiologisch hochwertigen, stärker zurückgegangen. Die nachfolgende Übersicht vermittelt ein Bild über den Verbrauchsrückgang in wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln. Der Berechnung wurden die verbrauchten Mengen, nicht etwa die verausgabten Werte zugrunde gelegt.

Rückgang (v. H.) der verbrauchten Mengen von 1930 auf 1931.

Fleisch	2,0	Bier	14,3
Seefische	2,3	Zigaretten	18,5
Eier	7,1	Zigarren	25,8
Zucker	12,7	Rauchtabak	27,2
Gewürze	5,0	Branntwein	24,7
Tee	12,0	Lebensmittel	13,6
Süßfrüchte	18,2	Bekleidung	18,5

(ohne Schuhe)

Den stärksten Rückgang 1931 gegen 1930 zeigt der Verbrauch von Tabakwaren, Bier und Süßfrüchten, also den Genußmitteln, deren Konsum auch schon 1930 erheblich geschrumpft war. Aberdies sind dem Wert nach die Ausgaben für die Genußmittel noch weit stärker gesunken als der mengenmäßige Verbrauch, da durchweg ein Übergang zu billigeren Qualitäten sich vollzogen hat. Aber auch bei Lebensmitteln und bei Bekleidung ist der Rück-

gang des Verbrauchs sehr erheblich. Neuerdings geht besonders der Fleischverbrauch stark zurück. Bemerkenswert ist dabei, daß in letzter Zeit der Verbrauch von Pferdefleisch wieder ansteigt. 1912 wurden 0,63 kg Pferdefleisch je Kopf der Bevölkerung verbraucht, 1913 0,59 kg. Nach einem sehr starken Rückgang des Pferdefleischverbrauchs in den Jahren 1926 bis 1928 war der Pro-Kopf-Verbrauch 1930 bereits wieder auf 0,59 angelangt und dürfte 1931 nach vorläufigen Berechnungen auf 0,61 kg gestiegen sein.

Fleischverbrauch in Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung.
1926 45,4 1927 50,0 1928 52,8 1930 50,5 1931 48,0

Besonders aufschlußreich ist die Entwicklung des Kartoffelverbrauchs. Trotz des fraglos vorhandenen ungeheuren Elends weitester deutscher Volksschichten verbrauchen wir gegenwärtig noch immer weniger Speisekartoffeln als vor dem Kriege. Der Kartoffelkonsum hat noch nicht in gleichem Umfang wie in Kriegs- und teilweise auch Inflationszeiten die hochwertigen Nahrungsmittel ersetzt. Allerdings muß betont werden, daß sich gerade in den letzten Monaten mit dem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit eine nennenswerte Zunahme des Kartoffelverbrauchs ergeben hat.

Bei allen Vergleichen muß man ferner die Strukturwandlungen im Bevölkerungsaufbau, die Wandlungen in den Lebensgewohnheiten und die Erkenntnis der Ernährungswissenschaft berücksichtigen. Wenn gegenwärtig der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung nicht wesentlich niedriger als 1913 ist, obwohl die Arbeitslosigkeit unerhört ist und die Einkommen stark rückgängig sind, so liegt dies daran, daß sich das Schwergewicht der Volksmasse ja bekanntlich zu den Personen im fleisছেenden Alter verschoben hat, daß wir inzwischen fast ein Volk ohne Kinder geworden sind. Ferner muß man berücksichtigen, daß die Ernährungswissenschaft große Fortschritte gemacht hat, und deren Erkenntnisse sich naturgemäß in der Beodrugung gewisser Nahrungsmittel äußern. Man kann nicht aus einem erhöhten Margarine- oder Schokoladenkonsum auf einen Wohlstand des Volkes schließen. Dies wäre das gleiche, als wenn man infolge des starken Vordringens der Kunstseide und der Verdrängung anderer Webstoffe errechnen wollte, daß sich Deutschland in Kunstseide nur so einhülle, weil der Kunstseidenverbrauch der Vorkriegszeit gegenüber um viele tausend Prozent gestiegen ist.

Wie sieht die Verbrauchstatistik im Arbeiterhaushalt aus? Es gibt Angaben über die Ausgabenverteilung im Arbeiterhaushalt mit durchschnittlich 3,6 Familienmitgliedern und einem Jahreseinkommen von 2271,79 RM. 86 sorgsame Hausväter und Hausmütter haben es fertig bekommen, mit 190 RM im Monat so zu wirtschaften, daß man wirklich immer genau weiß, wo das Geld geblieben ist. Nahrungs- und Genußmittel 1089,71 RM im Jahr. Die Genußmittel waren alkoholische Getränke für 41,62 RM, alkoholfreie für 1,94 RM, Zigarren, Zigaretten und Tabak für 38,46 RM im Jahr. Die Miete kostete 270,31 RM, Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung 69,29 RM, Heizung und Beleuchtung 97,69 RM, Bekleidung und Wäsche 237,14 RM, Körper- und Gesundheitspflege 29,94 RM, Versicherungen 199,60 RM, Bildung 39,95 RM, Vergnügen 13,06 RM, Erholung 14,32 RM, Verkehrsausgaben 24,99 RM, Vereins- und Verbandsbeiträge 51,79 RM, Steuern 38,97 RM, Unterstützungen und Geschenke 22,80 RM, Gebühren und Zinsen 3,62 RM, Verluste 1,26 RM, Sonstiges 24,99 RM.

Diese Zahlen stammen aus statistischen Erhebungen 1927/28. Inzwischen ist, wohl allen deutlich fühlbar, eine wesentliche Verschlechterung der Verhältnisse eingetreten. Haben die in diesen Statistiken

angegebenen Gesamteinkommen des einzelnen zur Deckung des Existenzminimums gereicht? War das Lohnneinkommen für die Deckung desselben unzulänglich? Wirft man heute einen Blick in die Tageszeitungen, so kann man immer wieder Haushaltrechnungen finden, die längst nicht mehr an die den obigen Aufstellungen zugrunde liegenden Verhältnisse heranreichen. Oft werden Beträge als Wochenverdienste genannt, die knapp über der üblichen Höhe der Wohlfahrtsunterstützung liegen. Ist das nun das Existenzminimum, oder geht's noch tiefer?

Man könnte versuchen, das Existenzminimum von der Ausgaben-seite her zu errechnen, man könnte die Durchschnittsausgaben für ein menschenwürdiges Dasein in den verschiedenen Gegenden zusammenstellen. Dieses Existenzminimum wird aber nur von ganz wenigen Menschen erreicht; Millionen leben ja von einem Viertel der Summe, die den 85 Arbeiterfamilien zur Verfügung stand. Sie leben am Rande des Verhungerns und zehren von ihrem einzigen Kapital, von ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Auch wer heute noch im Arbeitsprozeß steht, muß täglich seine Substanz angreifen; er arbeitet für die Miete, das Essen, die notwendigste Kleidung und das Fahrgeld. Für Urlaubsreise, Wochenende, Fortbildung, für alle Dinge, die die menschliche Produktivkraft steigern könnten, bleibt nichts mehr übrig.

Es gibt keine theoretische Berechnung eines Existenzminimums. Es gibt verschiedene Berechnungen, die das Fallen und Steigen der Lebenshaltungskosten ergründen sollen, man darf aber nichts mit ihnen zu beweisen versuchen, was sich nicht beweisen läßt. Die berühmte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten bietet die weitesten Möglichkeiten für allerlei Mißverständnisse. Der Index ist eine an sich unwirkliche, gegenstandslose Zahl, die nur angibt, wie sich eine theoretisch zusammengesetzte Lebenshaltungsration in einer bestimmten Zeitperiode im Preis verändert hat. Der Index wurde eingeführt, als es sich in der Inflationszeit darum handelte, für die rasend steigenden Preise einen festen Maßstab zu finden. Er ist auch heute nicht mehr als ein Fieberthermometer der Preisentwicklung.

Wir wehren uns gegen den Versuch, der Arbeiterschaft den notwendigen Bedarf an materiellen und geistigen Gütern auf Grund dieser mehr oder weniger theoretischen Indexziffern zuzumessen oder der Allgemeinheit glauben zu machen, daß die gesunkene Indexziffer ein Beweis sei für die Besserung der realen Lohn-Kaufkraft. Nicht einmal ein Ausgleich ist bisher eingetreten, und darum muß die Preisenkung entschieden weitergeführt werden. Es verlautet zwar, daß der Preiskommissar seine Arbeiten in der Hauptsache bis Februar beenden wolle. Wir können nicht glauben, daß bis dahin alle die Preisreglements, die für den Arbeiterhaushalt entscheidende Bedeutung haben, ihre Erledigung gefunden haben. Glaubt Herr Goerdeler, daß er von diesem Zeitpunkt an die Preisenkung der Selbsthilfe des Publikums überlassen kann? Dann wird Profitstreben und Gerissenheit sehr bald den Sieg davontragen. So kann's nicht gehen. Die Regierung hat die Pflicht, ihr Versprechen wahrzumachen, die Einbuße der Realkaufkraft des Lohnes zu verhindern, mindestens aber ihr Versprechen bezüglich des Preisabbaues restlos zu erfüllen. Die Wirkung des Lohnabbaues ist prozentual höher, als die Notverordnung zum Ausdruck bringt. Die Preisabbauwelle hat seit der Notverordnung nur einen Rückgang von 4,5 der Reichsindexziffer zuwege gebracht. Hier klafft eine Lücke. Als Ausweg bleibt darum nur weiterer Preisabbau, den fortzuführen eine Aufgabe der Regierung ist und von deren gutem Gelingen Vertrauen und Gefolgschaft weit hin abhängen.

Steuerunsinn — Steuerunrecht.

Die steuerliche Belastung der Arbeiterschaft hat das Maß des Tragbaren nicht nur erreicht, sondern längst überschritten. Dabei braucht nicht einmal an die den Arbeiterhaushalt belastenden indirekten Steuern gedacht zu werden. Lohn-, Krisenlohn- und Bürgersteuer, alles Errungenschaften der Nachkriegszeit, haben insgesamt eine am Lohnneinkommen gemessene groteske Höhe erreicht. Groß aller von den Finanzämtern durchgeführten Steuerkontrollen gibt es kaum einen Erwerbsstand, der so restlos und unerbittlich zur Steuerleistung herangezogen wird, als der Stand der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Insbesondere wirkt sich die Bürgersteuer gerade bei den heutigen Verhältnissen, wo Arbeitslosigkeit mit vorübergehender Tätigkeit

in rascher Folge wechseln und Kurzarbeit an der Tagesordnung ist, in so rücksichtsloser Weise aus, daß in tausenden Fällen tatsächlich die Existenz von Arbeiterfamilien bedroht ist. Nicht so sehr der sogenannte Landesfuß der Bürgersteuer zeitigt diese vielfach katastrophalen Folgen, obwohl hier die Quelle des Übels liegt, sondern die von den Gemeinden auf Grund des Landesfußes erhobenen Zuschläge. In welcher Weise die Gemeinden von ihrem Zuschlagsrecht Gebrauch machen, zeigt nachstehende Übersicht aus dem Rechnungsjahr 1931.

300 Prozent Zuschlag zum Landesfuß der Bürgersteuer (also die vierfache Bürgersteuer) erheben 35 Städte, und zwar 6 preußische, 12 sächsische, 15 thüringische, eine anhaltische und eine mecklenburg-strelitzische Stadt. Einen Zuschlag von 350 Prozent (also die viereinhalbfache Bürgersteuer) erheben drei thüringische Städte, und in fast sämtlichen Gemeinden des Rheinlandes einen Zuschlag von 400 Prozent (also die fünffache Bürgersteuer) erheben eine preußische und 12 thüringische Städte, einen Zuschlag von 450 Prozent (also die fünfeinhalbfache Bürgersteuer) erhebt eine preußische Stadt, und einen Zuschlag von 500 Prozent (also die sechsfache Bürgersteuer) erheben zwei thüringische Städte. Beachtenswert ist die Tatsache, daß es sich fast ausschließlich um Städte mit weniger als 25 000 Einwohnern handelt, die von der gemeindlichen Finanznot besonders stark betroffen sind. In der Gemeinde Woppen in Ostpreußen soll nach neuesten Meldungen sogar 1950 Prozent, also der zwanzigeinhalbfache Landesfuß erhoben werden.

Die vorstehende Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und es ist noch nicht bekannt, welche Prozentzuschläge demnächst von den Finanzdezernenten der Städte und Gemeinden zur Sanierung der Gemeindefinanzen als notwendig gefordert und begründet werden. Überraschungen sind also sehr wahrscheinlich.

Es mehren sich die Klagen über die rücksichtslose Handhabung dieser Steuerart und deren Beitreibung durch die Gemeinden. Hier und da verirrt sich eine aufschlußreiche Aufrechnung von Arbeiterlöhnen und Steuerlöhnen in die Tagespresse, ohne daß die notwendigen Folgerungen aus der geschilderten Notlage seitens der Behörden bisher gezogen wurden. Daß man ein Steuerprinzip auch zu Tode reiten kann, beweist ein Bericht aus München-Glabbach:

Die Einziehung der Bürgersteuer stößt hier vielfach auf große Schwierigkeiten, da zahlreiche Textilbetriebe wegen des Auftragsmangels ihre Belegschaften in solch starkem Maß auf Kurzarbeit setzen mußten, daß sie kaum mehr verdienen, als die Erwerbslosen an Unterstützung erhalten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann den Kurzarbeitern die Bürgersteuer aber weder erlassen noch gestundet werden. Es gibt Fälle, in denen solchen Kurzarbeitern nach Abzug der Bürgersteuer noch ein oder zwei Mark ausgezahlt werden, wovon sie mit ihren Familien eine ganze Woche leben sollen. Um die größten Härten auszugleichen, muß das Wohlfahrtsamt helfend einspringen. Der städtische Finanzausschuß hat deshalb beschlossen, den Kurzarbeitern in den Wochen, in denen die Bürgersteuer einbehalten wird, einen Ausgleich im Rahmen der Richtsätze für die Wohlfahrts-erwerbslosen zu zahlen. Es liegt hier also der Widersinn vor, daß gesetzliche Bestimmungen dazu zwingen, solchen Leuten Steuerbeträge für die Stadtkasse abzuhalten, denen andererseits aus eben dieser Kasse Unterstützungen gewährt werden müssen.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben bereits Schritte beim Reichsfinanzministerium unternommen und Abänderung der einschlägigen Bestimmungen gefordert. Dem gewerkschaftlichen Vorgehen haben sich einige große politische Parteien angeschlossen. Bei den in voriger Woche im Finanzministerium erfolgten Verhandlungen wurden noch einmal die unsozialen Folgen der Bürgersteuer eindringlich dargestellt und folgende Forderungen erhoben:

1. Volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Richtsätze der Wohlfahrtspflege betragen.

2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer, und nicht das Einkommen von 1930, zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu, 1. wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsätzen eine Vereinbarung mit dem Deutschen Städtetag und den übrigen kommunalen Spitzenverbänden

herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Erforderliche neue Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium und in den nächsten Tagen schon dem Reichsrat vorgelegt werden.

Ferner verlangten die Partei- und Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich die Wiedereinführung sämtlicher Lohnsteuererstattungen. Sie erkannten aber an, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfange gegenwärtig nicht möglich sei; sie beschränkten sich deshalb auf die Forderung, daß die Rückerstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung entweder auch für die veranlagten Besizenden aufgehoben oder auch für die Lohn- und Gehaltsempfänger wieder eingeführt würden.

Zwar hat der Reichsfinanzminister auf den durch Wiedereinführung der Lohnsteuererstattung erforderlichen Mehraufwand hingewiesen, schließlich aber eine Prüfung der Frage zugesagt. Es soll eine Sonderregelung für nichtständig beschäftigte Arbeiter angestrebt werden. Wir geben der dringlichen Hoffnung Ausdruck, daß recht bald die in diesen Steuerfragen notwendigen Entscheidungen getroffen und dem hier behandelten Steuerunsinn und der Steuerungerechtigkeit abgeholfen wird.

Die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung.

In einem kürzlich erschienenen Werk über die sozialen Gesichtspunkte der Rationalisierung versucht das Internationale Arbeitsamt, auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials das Problem der Rationalisierung zu beleuchten und insbesondere die sozialen Seiten dieser Frage herauszuarbeiten. Es behandelt eingehend die Rationalisierung in ihren Beziehungen zur Arbeitsleistung, zur Arbeitszeit, zu den Löhnen und zum Beschäftigungsstand. Ferner befaßt sich die Untersuchung in diesem Zusammenhang mit der Arbeitshygiene, der Unfallverhütung, der Psychotechnik usw.

Die Erscheinung der Rationalisierung an sich ist nichts Neues. Sie ist untrennbar mit den Formen der gegenwärtigen Wirtschaft verbunden. Seit die Industriewirtschaft besteht, begründet sie sich auf einer ständig fortschreitenden Rationalisierung. Jedoch sind im Laufe der letzten Jahre eine Anzahl von Faktoren aufgetreten, die zu einer besonders starken Steigerung des Tempos dieser Rationalisierung geführt haben. Unter diesen Faktoren ist insbesondere die Abschmürung vieler nationaler Wirtschaften vom Welthandel während des Krieges zu nennen. In dieser Zeit fehlte es diesen Wirtschaften sowohl an Rohstoffen als an Arbeitskräften, Werkzeugen, Verkehrsmitteln usw. Dies führte zur Ausarbeitung immer neuerer rationalisierter Arbeitsmethoden. Ebenso sei an die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen erinnert, die durch einen starken Druck auf die Gesteigungspreise zu umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen führten. Eine weitere Ursache dieser Bewegung läßt sich in den monetären Erschütterungen, den Inflations- und Deflationskrisen aufzeigen. Die „Flucht in die Sachwerte“, die in den Zeiten der Inflation einzusetzen pflegt, wirkte sich in den betroffenen Ländern in starken industriellen Investitionen und einer ausgesprochenen Rationalisierungsbewegung aus, die außerdem noch begünstigt wurde durch die Bestrebungen, den im Laufe des Krieges und der Nachkriegsjahre bis ins letzte ausgepumpten Produktionsapparat zu vervollkommen.

Die oben erwähnte Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes enthält eine große Anzahl statistischer Angaben über die Auswirkungen der Rationalisierung.

Ohne an dieser Stelle auf die vielfältigen Einzelbeispiele einzugehen, sei hier erwähnt, daß sich auf Grund dieser Ziffern für verschiedene Industrien folgende Erhöhungen des Leistungsgrades ergaben: 10—40% Leistungssteigerung auf Grund vervollkommener Auswahlmethoden des Personals; 27—200% Leistungssteigerung auf Grund einer besseren Ausbildung der Arbeiter; 20—700% Leistungssteigerung auf Grund von Bewegungstudien; 40—260% Leistungssteigerung auf Grund der Einführung des laufenden Bandes; 15 bis 300% Leistungssteigerung auf Grund besser geeigneter und die Leistungssteigerung anreizender Entlohnungsmethoden; 2,8—33% auf Grund der Einführung geeigneter Arbeitspausen. Infolge besserer Einrichtung der Arbeitspausen konnte man Leistungssteige-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 7. bis 13. Februar 1932 ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

rungen bis zu 60% feststellen; auf Grund einer besseren Anordnung der Arbeitsplätze Steigerungen von 30—44%, auf Grund einer besseren Werkzeugausrüstung Steigerungen von 36—159%.

Insgesamt wird z. B. für Deutschland in der Zeit von 1925/28 die Steigerung der Arbeitsleistung je nach Industriezweigen zwischen 16 und 100% angegeben, für Österreich von 1924/27 Leistungssteigerungen von 27—78%. In den Vereinigten Staaten stieg in der Zeit von 1918 bis 1920 und 1924/26 die Durchschnittsleistung je Arbeiter in der Landwirtschaft, im Bergbau, in Fabriken und bei der Eisenbahn um 27%. In Großbritannien belief sich die Leistungssteigerung in einer Gruppe von zehn Industrien von 1924 bis 1929/30 bei einer Senkung des Belegschaftsstandes um 8% auf 11%. Besonders im Kohlenbergbau ließen sich in allen Ländern starke Leistungssteigerungen feststellen. Diese Betragen unter Tage in Deutschland von 1913/21 34%, in den Niederlanden von 1925/28 54,5%, in Belgien von 1913/29 16%.

Eine wesentliche Beschleunigung auf den Rationalisierungsprozeß hat auch die Einführung des Achtstundentages in den verschiedenen Ländern mit sich gebracht. Feststellungen dieser Art wurden insbesondere in Frankreich nach der Einführung des Achtstundentages gemacht. Auf der anderen Seite hingegen führte die starke Rationalisierung der letzten Zeit zu einer Verkürzung der Arbeitszeit und zu immer stärker werdenden Forderungen der Arbeiterschaft nach der Einführung der 40-Stundenwoche oder der 5-Tagewoche.

Während die wirtschaftlichen Auswirkungen der Rationalisierung eindeutig und klar sind, läßt sich über ihre sozialen Auswirkungen kein endgültiges Urteil fällen. Jedenfalls stehen ihre Vorteile für den Arbeiter bisher in keinem Verhältnis zu den angegebenen Steigerungen des Arbeitsertrags. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß die Rationalisierung mindestens vorübergehend eine Freisetzung von Arbeitskräften mit sich bringt. Es kann jedoch angenommen werden, daß diese Verringerung des Beschäftigungsgrades im ganzen gesehen keine allzu schwerwiegende Form annimmt. Durch die Senkung der Gesteigungskosten infolge der Rationalisierung kann sich eine Belebung der Wirtschaft und eine Neuaufnahme einer Anzahl von Arbeitslosen ergeben. Außerdem hat eine Dervollkommnung des technischen Apparates naturgemäß eine Belebung der Maschinenbauindustrien und ihrer Hilfszweige zur Folge. Auch auf das Lohnniveau blieb die Rationalisierung nicht ohne Auswirkung, obgleich sich aus der oben erwähnten Studie des Internationalen Arbeitsamtes klar ergibt, daß z. B. in der Zeit von 1919 bis 1929 die Erhöhung der Löhne im Tempo ganz beträchtlich hinter der Erhöhung der Produktivität zurückblieb. Noch ein anderer Faktor muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden: die Unfallgefahr. Zwar ist durch die Entfaltung des Maschinenwesens und die gesteigerte Anwendung maschineller Mittel bei Transporten usw. in gewisser Hinsicht eine größere Sicherheit geschaffen worden. Auf der anderen Seite steht fest, daß in einer Anzahl von Gewerben die fortschreitende Mechanisierung eine wesentliche Steigerung der Unfallgefahren mit sich gebracht hat. So führt z. B. im Bergbau unter Tage die Anwendung bestimmter Maschinen und der daraus entstehende Lärm dazu, daß selbst erfahrene Bergleute nicht mehr in der Lage sind, Einsturz- und sonstige Gefahren rechtzeitig zu bemerken. Ferner scheint es erwiesen, daß bei rationalisierten Arbeitsmethoden, bei denen mit fortschreitender Arbeitsdauer eine wachsende Ermüdung des Arbeiters eintritt, die Unfallgefahr wächst. Auch die Beschleunigung des Arbeitsrhythmus sowie die häufig aus der Monotonie eines durch-rationalisierten Arbeitsganges entstehende Unaufmerksamkeit kann zu Unfällen führen. Immerhin besteht die Möglichkeit, diese gesteigerten Unfallgefahren einerseits durch Anwendung technischer Unfallverhütungsmittel, andererseits durch eine geeignete Auswahl und Schulung der Arbeiter zu verringern.

Aufgabe einer vorausschauenden Sozialpolitik wird es sein, den technischen Fortschritt der Rationalisierung der Gesamtheit dienstbar zu machen und auf diese Weise die Möglichkeiten schwerer wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen, wie wir sie im Augenblick zu verzeichnen haben, auszuschalten.

Was sie wollen.

Die Preissenkung, wenn auch noch nicht bis zu dem gegenüber der durchgeführten Lohnsenkung notwendigen Umfang durchgeführt, ist den Unternehmerkreisen eine höchst unbequeme Zugabe zu den notverordneten Lohnsenkungen. Letztere hat man zwar mit größter Befriedigung entgegengenommen, erstere aber betrachtet man mit sehr gemischten Gefühlen. So sollte nach dem Willen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Rechnung sicher nicht aufgehen, und sie macht in Nr. 2 ihrer Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ ihrem Unmut Luft, um gleichzeitig ihre weiteren Pläne bezüglich ihrer zukünftigen Lohnpolitik zu verraten. Hören wir:

„Wir befinden uns an der Schwelle von 1932 nunmehr im vierten Stadium der lohnpolitischen Entwicklung. Die Löhne sind zum erstenmal schlagartig und in einem wirtschaftlich spürbaren Umfang herabgesetzt worden. Diese Lohnherabsetzung ist aber immer noch mit der Fiktion der Erhaltung der Kaufkraft verbunden, durch die Ankündigung einer Gleichzeitigkeit von Lohn- und Preissenkung. Die Gewerkschaften haben diese Fiktion der Gleichzeitigkeit ernst genommen und ihr die Auslegung gegeben, daß eine entsprechende Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der letzten notverordneten Lohnsenkung sei; ein Brief des Reichskanzlers, mit dem wir uns bereits kritisch auseinandersetzten, hat diese gewerkschaftliche Annahme nicht entkräftet, sondern eher bestärkt. Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 wird nun darin bestehen, die Fiktion von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preissenkung und der Aufrechterhaltung der Einzelkaufkraft des Lohnes zu zerstören. Erst mit der anerkannten Auflösung und Preisgabe dieser Fiktion, erst mit der Tatsache, daß die Kaufkraft des Einzellohnes in der Tat gesenkt worden ist, daß Kaufkraft von den Lohnempfängern auf die Erzeuger übertragen worden ist, daß Preissenkungen im Rahmen der Rentabilität nur organisch den Unkosten- und damit auch Lohnsenkungen folgen können und nicht mehr umgekehrt — erst mit diesem Durchbruch neuer Proportionen und ihrer Anerkennung wird die lohnpolitische Korrektur in Deutschland abgeschlossen sein.“

Das ist doch deutlich. Wenn die Arbeiterschaft immer noch nicht merkt, was ihr von den Unternehmern zugebracht ist, und wenn sie immer noch glaubt, daß es auch ohne gewerkschaftliche Organisationen gehe, dann kann sie nicht darauf rechnen, daß sie Verständnis für ihre Lage in wohlmeinenden Kreisen findet. Unsere Pflicht ist es, durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß der Wille zur Organisation, zur Selbsthilfe und Selbstbehauptung nicht erlahmt und starke Gewerkschaften in die Lage versetzt werden, den Unternehmerplänen einen Damm entgegenzusetzen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Kempten. Am 5. Dezember vorigen Jahres war es, als wir unsere Monatsversammlung abhielten, verbunden mit der Ehrung unseres lieben Kollegen Winter für 25jährige Mitarbeit in den Reihen unseres Verbandes. Der Vorsitzende Kollege Emmert gab zuerst einen kurzen Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen im Holz- und Sägewerke. Anschließend sprach Bezirksleiter Kollege Krohntaler über das Thema: „Einst und jetzt“. Ausgehend von der 25jährigen treuen Mitgliedschaft unseres allseits beliebten Kollegen Winter, schilderte Redner die Schwierigkeiten und den Mut, sich damals als christlichen Gewerkschaftler zu bekennen. Aber die Kraft des Glaubens an eine bessere Zukunft war es, die unsere alten Kollegen beseele und im Kampfe nicht erlahmen ließ. Trotz der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage müsse jeder seinen Mann stellen, wie es der Kollege Winter ein Vierteljahrhundert getan hat. Zum Schluß wurde dem Kollegen Winter die silberne Ehrennadel nebst Diplom im Auftrage des Zentralvorstandes überreicht. Kollege Winter dankte für alle ihm erwiesenen Ehren und gelobte auch weiterhin Treue unserer Sache. Diesem Treuschwur schloß sich auch die Jugend an, für welche die Kollegen Herb, Albrecht und Kleinhaus begeisterte Worte fanden.

Dies war der eine Markstein, an dem wir Rück- und Vorblick hielten, den anderen setzten wir am 9. Januar bei unserer Generalversammlung.

Der Vorsitzende konnte eine überaus große Anzahl Kollegen begrüßen. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab Kollege Winter einen ausführlichen Jahresbericht der Zahlstelle. Kassierer Jehle

gab den Kassenbericht, aus dem deutlich die große Not, besonders durch die Arbeitslosigkeit der Kollegen zum Ausdruck kam. Nun folgte die Neuwahl des Vorstandes, die nur in einem Punkt eine Änderung ergab. An Stelle des scheidenden Vorsitzenden wurde einstimmig der Kollege Albrecht gewählt. — Nach der Wahl sprach Bezirksleiter Kollege Krohntaler über die Lage in Wirtschaft und Politik. Er brachte zum Ausdruck, daß gerade in dieser schweren Zeit die Kollegen die Nerven nicht verlieren dürften und treu zu ihren Organisationen halten sollen. Nach dem Referat überreichte er dem neuen Vorstand die Ehrennadel des Verbandes für eifrige Werbearbeit. Kollege Albrecht betonte in seinen Schlußworten, daß das Jahr 1932 nicht nur ein Notjahr, sondern auch ein Kampfsjahr sein werde. Er forderte die Kollegen auf, sich nur für den Kampf unseres Standes um den sozialen Frieden einzusetzen. Erst auf dem sozialen Frieden baue sich der Völkerrfrieden.

Einstimmig schlossen sich die Kollegen der Parole des neuen Vorstandes an, und in diesem Sinne fand unsere Generalversammlung einen würdigen Abschluß.

Mannheim. Unsere Generalversammlung war gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden ging hervor, daß die Zahlstelle bei der daniederliegenden Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sehr zu kämpfen hatte. 60% der Mitglieder sind ohne Arbeit. Größere Betriebe seien stillgelegt oder stark eingeschränkt, und die Zahl der noch im Handwerk Beschäftigten, sei ebenfalls auf ein Bruchteil zurückgegangen. Ein deutliches Spiegelbild dieser Tatsachen zeigte der Bericht des 1. Kassierers. In allen Quartalen wurde die Unterstützungskasse stark in Anspruch genommen.

Eine frische Tätigkeit ging aus dem zusammengefaßten Jahresbericht der Jugendgruppe hervor. Die Jugend hat es nicht nur verstanden, die Mitgliederzahl zu erhalten, sie konnte auch ihre Tätigkeit noch erweitern. Zwei Fachkurse, Wanderungen und Wanderausfahrten sowie Versammlungen mit gewerkschaftlichen, beruflichen und allgemeinbildenden Vorträgen zeugten von ernstem Streben und froher Jugend. Der alte Vorstand wurde bis auf kleinere Änderungen wiedergewählt.

Weiterhin nahm die Versammlung Stellung zur Lohn- und Preisbewegung und verurteilte scharf das Festhalten an hohen Preisen für lebenswichtigen Bedarf des Arbeiterhaushalts. Einstimmig begrüßt wurde, daß die Reichsregierung in der Reparationsfrage nun endlich die einzig mögliche Folgerung aus der verzweifelten Lage des deutschen Volkes gezogen und die Unmöglichkeit der Reparationen erklärt habe. Gegen 11 Uhr wurde die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Melle. Die diesjährige Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende, Kollege Dreper, der außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern auch den Gauleiter, Kollegen Storch-Hannover, begrüßen konnte. Im Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurde besonders betont, daß das Jahr 1931 keine Besserung gebracht habe. Es sei die Arbeitslosigkeit sehr gestiegen, wovon auch die Zahlstelle Melle stark betroffen sei. Der Kassenbericht, den der Kassierer, Kollege Pöller, gab, zeigte zwar kein erfreuliches Bild. Immerhin hatte die Zahlstelle Melle noch einen ziemlichen Überschuß zu verzeichnen, der der Hauptkasse zugeführt wurde. Kollege Storch behandelte in seinem Vortrag „Rückblick und Ausblick“ die Vorkommnisse des letzten Jahres und die voraussichtliche weitere Entwicklung, der von den Kollegen mit großer Spannung entgegengenommen wurde. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Das zeugt von einem guten Einvernehmen des Vorstandes und der Mitglieder untereinander. Schließlich gab Kollege Storch noch einen ausführlichen Bericht über die Tarif- und Lohnverhandlungen in der Holzindustrie. Diese Fragen, die von den Kollegen gestellt wurden, konnten befriedigend beantwortet werden. Zum Schluß dankte der Vorsitzende für die lebhafteste Anteilnahme an den Bestrebungen des Verbandes. Besonderer Dank galt dem Redner für seine lehrreichen Vorträge. Mit der Bitte um rege Mitarbeit für den Verband schloß die Versammlung.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Senker Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluß III Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Selbstlungen nur Postkontonto 7118 Köln.